ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Mayer, Otto G.

Article — Digitized Version

Berechenbarkeit als Maxime

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mayer, Otto G. (1980) : Berechenbarkeit als Maxime, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 10, pp. 472-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135484

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

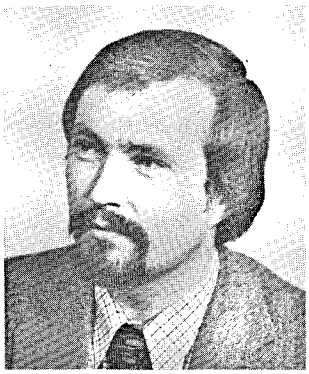
Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft



Otto G. Mayer

Berechenbarkeit als Maxime

Der Wahlkampf ist vorüber; der neue, neunte Bundestag gewählt. Geblieben ist die sozial-liberale Regierungskoalition mit allerdings gestärktem FDP-liberalem Element, geblieben ist der „alte" Bundeskanzler, geblieben sind die wirtschaftspolitischen Probleme. Geblieben sind aber auch trotz, oder besser: gerade wegen, dieses Wahlkampfes Fragen an die Politik, wie sie sich deren Lösung vorstellt. Denn soweit die wirtschaftspolitischen Probleme der näheren und weiteren Zukunft im Wahlkampf angesprochen wurden, ging es mehr um Schuldzu- und -abweisungen denn um Lösungsansätze.

Nun ist der Wahlabend nicht aller Tage Abend. Die Koalitionsverhandlungen und die Regierungserklärung der neuen Regierung geben Gelegenheit, die im Wahlkampf versäumte Aufklärung über den zukünftigen Weg nachzuholen. Diese Aufklärung ist um so nötiger, als die Auffassungen der beiden Koalitionspartner in zentralen wirtschaftspolitischen Fragen anscheinend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Gemeinsamkeit in der Außenpolitik stehen. Und der von Kanzler und Vizekanzler beschworene „Grundsatz der Berechenbarkeit" hat sein Gewicht sicherlich nicht nur in der Außenpolitik, sondern auch und insbesondere in der Wirtschaftspolitik.

Zur Beherzigung dieses Grundsatzes ist es nicht in jeder Hinsicht notwendig – und von Schmidt und Genscher anscheinend auch nicht beabsichtigt –, die Politik für die nächsten Jahre bis in alle Einzelheiten festzulegen. Doch gerade dann gewinnen klare grundsätzliche Festlegungen an Bedeutung. Letztlich geht es hierbei um eine deutliche Absteckung des ordnungspolitischen Rahmens, innerhalb dessen die anstehenden Probleme zu lösen sind und an dem die einzelnen politischen Maßnahmen nachher gemessen werden können.

Es ist ein Unterschied, ob sich die Wirtschaft und die sozialen Gruppen auf eine Politik „aktiver staatlicher Wachstumsvorsorge" nach den Vorstellungen des Forschungs- und Technologieministers Hauff mit riesigen staatlichen oder staatlich geförderten Investitionen in sogenannte „Engpaßbereiche" einrichten müssen oder können oder ob die staatliche Wachstumsvorsorge darin bestehen wird, bei Unternehmen und Sozialpartnern auf die Flexibilität hinzuwirken, die notwendig ist, damit sich die Wirtschaft bei verringertem Verteilungsspielraum an die geänderten Energie- und die sich verstärkt wandelnden weltwirtschaftlichen Strukturen möglichst reibungslos anpassen kann. Vor diesem Hintergrund würde es schon der Klarheit dienen, wenn der Kanzler Bekenntnisse zu marktwirtschaftlichen Lösungen nicht nur weitgehend seinem liberalen Wirtschaftsminister überließe, zumal Helmut Schmidt sicherlich unterstellt werden kann, daß er zur Lösung der anstehenden Probleme eher solchen Wegen zuneigt.

Zur Berechenbarkeit der Politik gehört in diesem Zusammenhang auch eine Klarstellung, wie und in welchem Zeitraum eine Konsolidierung der staatlichen Finanzen vorgenommen werden soll. Daß im kommenden Jahr angesichts der konjunkturellen Situation eine Verringerung des geplanten Zuwachses der staatlichen Ausgaben kaum angebracht sein dürfte und eine durch die konjunkturbedingten Steuerausfälle bewirkte Erhöhung der Neuverschuldung über den bisher vorgesehenen Umfang hinaus hingenommen werden muß, scheint schon absehbar zu sein. Um so mehr stellt sich damit allerdings auf längere Sicht die Frage nach Höhe und Art einer (relativen) Einschränkung der Staatsausgaben. Wenn der private Sektor damit rechnen muß, daß eine Konsolidierung allein über künftig höhere Steuerlasten zu erreichen ist, kann die allseits erwünschte Wachstumsdynamik bereits im Vorwege erlahmen.

Wenn heute schon darüber spekuliert wird, ob und inwieweit die FDP für eine Fortführung oder gar Stärkung des marktwirtschaftlichen Kurses in der Wirtschaftspolitik mit Zugeständnissen in der Sozial- und Gesellschaftspolitik zu bezahlen hat, so sollte darauf hingewiesen werden, daß zwischen diesen Bereichen enge Zusammenhänge bestehen. Die Vergangenheit hat allzu deutlich gezeigt, daß die Überfrachtung der Sozialsysteme mit ordnungspolitisch nicht konformen Maßnahmen nicht nur zu einer Verschwendung von Mitteln, sondern zur Aushöhlung der finanziellen Basis, zu unerwünschten Nebenwirkungen und teilweise gar zum Gegenteil des angestrebten Zwecks führt. Es bleibt zu hoffen, daß die Regierungserklärung auch in diesen Bereichen den Grundsatz der Berechenbarkeit zur Maxime erhebt.